

12.03.20 - Pressemitteilung 2020-10:

Parlamentarier entscheiden sich für 34m-Kreisel in Höchst i. Odw.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßt die Entscheidung des Bauausschusses der Höchster Gemeindevertretung zum Bau eines Kreisverkehrsplatzes in der Ortsmitte. Bei zwei Gegenstimmen votierte das Gremium am 11.03.2020 dafür, den Durchmesser des Kreisels mit 34m festzuschreiben, die endgültige Lage aber von einem Votum der Arbeitsgruppe abhängig zu machen, die sich um die Gestaltung des Montmélianner Platzes kümmert.

Falschaussage des Bürgermeisters offenkundig

Am 27.11.19 hatte Bürgermeister Horst Bitsch in dieser Arbeitsgruppe eine Diskussion über den Kreisel mit den Worten abgewürgt: „über die Kreiselplanung haben wir bereits entschieden“. Die nachfolgende Beratung im Dezember im Gemeindevorstand sowie die Beschlussvorlage der Verwaltung für die Gemeindevertretung vom 17.01.2020 belegen jedoch, dass diese Aussage falsch war und eine unliebsame Diskussion vermeiden sollte.

Vorstellung von zwei Varianten

Am Mittwochabend erläuterte der beauftragte Planer – Dipl.-Ing. Ulrich Gänsle – zwei technisch gleichwertige Ausbauvarianten des Kreisels. Sie unterscheiden sich im Kreisdurchmesser und nehmen damit unterschiedlich große Flächen für den Verkehr in Anspruch. Für das Befahren mit Lkw, Bus oder Sattelzug sind beide gleichermaßen geeignet. Die Fraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN hatte durch Maline Thierolf-Jöckel einen Änderungsantrag eingebracht, der die Auswahl des 29m-Kreisels und die Darstellung von Varianten mit verschobenem Kreiselmittelpunkt zum Inhalt hatte. Als Nachteile nannte Gänsle das ‚Unproportionale Verhältnis‘ zwischen Kreisverkehr und Zufahrtsfläche, die Abweichung von Regemaßen der Richtlinie, geringe Konfliktpunktabstände und längere Wege für Fußgänger. Beziffert wurden diese angeblichen Nachteile nicht. Als einzige Zahlen lieferte der Planer in der Sitzung eine gleich große Fläche für beide Varianten sowie den um 1,5m längeren Fußgängerüberweg beim kleineren Kreisel nach. Sein Hauptargument für einen großen Kreisel war der sogenannte ‚Durchschusseffekt‘, wobei er technische Maßnahmen zur Verhinderung nicht explizit darstellte: z.B. eine denkbare Verschiebung des Kreisverkehrs oder Aufpflasterungen der Fußgängerüberwege mit Rundbordstein. Gänsle hielt nur die Aufstellung von ‚Blitzern‘ für geeignet, niedrige Fahrgeschwindigkeiten zu bewirken. Sein Mitwirken an zwei Kreiseln in Höchst buchte der Planer als Beleg für gute fachliche Arbeit, wobei er die von Maline Thierolf-Jöckel angesprochenen Probleme bei der Lkw-Befahrbarkeit des einen Kreisels und die für den Radverkehr schlechte Wegführung beim anderen Kreisel nicht für sich reklamierte.

Autozentrierte Diskussion

Die Redebeiträge der Parlamentarier kreisten im Wesentlichen um die Belange von Kfz, nur Jens Fröhlich gab die Erfordernisse des Radverkehrs als wichtig an. Eine gesonderte Radwegführung wurde angesichts des Platzbedarfs nicht gesehen, sie erschien auch nicht angemessen. Der für die Diskussion lange Zeit zentrale Begriff der Sicherheit blieb in den Beiträgen immer diffus, weil konkrete Kriterien zur Beurteilung vom Planer nicht geliefert wurden. Allerdings wurde klar, dass einige Parlamentarier die im Radweggutachten 2018 vorgeschlagene Radwegführung über die Hauptverkehrsstraßen und damit auch über den Kreisel nicht für sinnvoll halten.

Radwegplanung in die Schublade?

Mit dieser Haltung scheint die Planung des künftigen Radwegenetzes der Gemeinde in der Schublade zu verschwinden. Ohne eine öffentliche Diskussion hat sich damit die Position von Horst Bitsch durchgesetzt, der schon bei den öffentlichen Befahrungen des Straßennetzes im Sommer 2018 jeden Vorschlag zur Umgestaltung der Hauptverkehrsstraßen kategorisch ablehnte. Der BUND bedauert, dass das Parlament die Bürgerschaft beim Radwegekonzept für Höchst nicht einbezieht sondern sich auf die Durchsetzung von Kfz-dominierten Vorstellungen beschränkt. Die von der Bundesregierung im Mai 2019 und von der Landesregierung im September 2019 aufgelegten Förderprogramme für den Radverkehr werden damit an Höchst voraussichtlich vorbeifließen.

Weitere Festlegung durch IKEK-Arbeitsgruppe

Die Beschlussvorlage sieht die eigenartige Vorgehensweise vor, dass nun die IKEK-Arbeitsgruppe zur Gestaltung des Montmélianer Platzes den Mittelpunkt des Kreisels bestimmen soll. Erst danach wird die weitere Planung des verkehrstechnischen Entwurfs stattfinden. Warum diese Freigabe nicht auch für den Durchmesser des Kreisels gilt, wurde nicht erörtert. Offenbar ist diese Festlegung für die Verwaltung und die Parlamentsmehrheit essenziell.